

Vortragsdisposition

Nr. 10

Unser neues Verhältnis zu den Bauern

I N H A L T

	Seite
<i>I. Die Bedeutung der Bauernschaft in Deutschland</i>	1
<i>II. Die soziale Struktur der Bauernschaft</i>	2
<i>III. Arbeiterschaft und Bauernschaft</i>	5
<i>IV. Unser neues Verhältnis zur Bauernschaft</i>	10

Preis 10 Pf.

Vortragsdisposition Nr. 10

Unser neues Verhältnis zu den Bauern

I. Die Bedeutung der Bauernschaft in Deutschland

1. Ein Drittel der deutschen Bevölkerung

Rein zahlenmäßig macht die Bauernschaft in Deutschland trotz der großen Entwicklung der Industrie einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung aus. Noch 1933 wohnten bei einer Gesamtbevölkerung Deutschlands von 66 Millionen 21,6 Millionen oder 32,8 Prozent in Landgemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern. Die überwiegende Mehrzahl dieser Landbevölkerung sind Bauern. 1939 gab es 3 442 000 Bauernhöfe mit weniger als 20 ha Besitz, d. h. Höfe von armen und Mittelbauern. Auf diesen Höfen lebten mehr als 15 Millionen Menschen. Dazu kommen noch die Bauernhöfe mit mehr als 20 ha Land. Man kann also annehmen, daß annähernd ein Drittel der deutschen Bevölkerung Bauern sind.

2. Der Bauer ernährt das Volk

Aber die Bedeutung der Bauernschaft liegt keineswegs nur in ihrer zahlenmäßigen Stärke. Die Bauern sind die Hauptlieferanten der Lebensmittel für unser Volk. In der Provinz Brandenburg, in der bekanntlich der Großgrundbesitz stark vertreten ist, lieferten die Bauern 1939 mehr als 77 Prozent der Roggenernte. Vor allem aber sind die Bauern die Haupterzeuger von Fleisch, Fett, Milch und Eiern.

3. Die Bauern liefern Rohstoffe für die Industrie

Eine bedeutende Rolle spielen die Bauern auch als Rohstofflieferanten für unsere Industrie. Nicht nur zahlreiche Zweige

der Nahrungsmittelindustrie (Mühlen, Teigwarenfabriken, Konservenfabriken, Molkereien, Brauereien usw.) werden hauptsächlich von Bauern mit Rohstoffen versorgt, sondern auch die Lederindustrie und in gewissem Maße die Textilindustrie haben in den Bauernwirtschaften eine beträchtliche Rohstoffquelle.

4. Die politische Bedeutung der Bauernschaft

Angesichts ihrer zahlenmäßigen und ihrer wirtschaftlichen Stärke haben die Bauern auch große politische Bedeutung.

In Zukunft wird die politische Bedeutung der Bauern noch mehr steigen, erstens weil auf Grund der Berliner Beschlüsse die Landwirtschaft künftig im Wirtschaftsleben Deutschlands größeres Gewicht haben wird, zweitens weil der demokratische Neuaufbau Deutschlands ohne Gewinnung der Bauern nicht möglich ist.

Nur wenn die neue Demokratie fest im Dorfe verwurzelt ist, wird sie lebensfähig sein.

II. Die soziale Struktur der Bauernschaft

1. Besitzer von Produktionsmitteln

Der Bauer ist im Gegensatz zum Proletarier Besitzer von Produktionsmitteln, er hat Land, Vieh, Ackergeräte usw. Demzufolge ist er (soweit es sich nicht um den Halbproletarier handelt, siehe Punkt 4) nicht genötigt, seine Arbeitskraft an fremde Besitzer von Produktionsmitteln zu verkaufen. Und obwohl das Proletariat nicht die Absicht hat, das Eigentum des werktätigen Bauern an seinen Produktionsmitteln anzutasten, läßt sich der Bauer doch leicht durch das Geschrei über die Gefährdung des Privateigentums einfangen, besonders wenn die Arbeiterklasse nicht die richtige Stellung zum Bauern findet. Als Besitzer von Produktionsmitteln neigt der Bauer zu den übrigen Besitzern, den Kapitalisten.

2. Der Bauer ist Werktätiger

Im Gegensatz zum Kapitalisten ist der Bauer aber selbst Werktätiger. Er lebt nicht von der Ausbeutung fremder Arbeitskräfte, wie der Kapitalist, sondern er muß selbst hart arbeiten, um seinen Lebensunterhalt zu erwerben. Die ganze Lebenslage der mittleren Bauern, und um so mehr der armen Bauern, entspricht viel mehr der Lage des städtischen Proletariats, als der Lage der

Bourgeoisie. Als Werktätiger, der sich durch seiner Hände Arbeit ernährt, fühlt sich der Bauer mit den Werktätigen in der Stadt, d. h. mit den Proletariern, solidarisch.

3. Der Bauer ist ausgebeutet

Außerdem ist bei Betrachtung der Lage der Bauern in den bürgerlichen Ländern folgendes zu beachten:

Wenn der Bauer auch nicht, wie der Arbeiter, seine Arbeitskraft verkauft, so wird er doch ausgebeutet. Seine Ausbeuter sind die großen kapitalistischen Monopole, die ihm die Industriewaren nur zu erhöhten Preisen abgeben, während der Bauer seine Waren oft unter ihrem Werte abgeben muß. Infolge dieser „Schere“ in der Preisgestaltung für landwirtschaftliche und industrielle Produkte erhält der Bauer für seine Waren einen geringeren Wert zurück, als er selbst gibt.

Ferner wird der Bauer ausgebeutet vom Wucherer und Finanzkapitalisten, bei denen er verschuldet ist.

Hat der Bauer Land gepachtet, so wird er auch noch vom Großgrundbesitzer ausgebeutet, der ihm das Land zur Verfügung stellt.

Ausgebeutet wurde der Bauer (z. B. in der Weimarer Republik und unter Hitler) endlich durch den Staat, der ihm die größte Steuerlast aufbürdete, während er die Großagrarien subventionierte.

Obwohl kein Lohnarbeiter, ist der Bauer also doch vielfach ausgebeutet und fühlt sich dadurch mit allen Ausgebeuteten solidarisch.

4. Die Notwendigkeit der Differenzierung

Die Landbevölkerung ist aber keineswegs einheitlich. Wir finden auf dem Lande alle Übergangsstufen vom Proletarier bis zum Kapitalisten.

- a) Die unterste Stufe bilden die Landarbeiter. Sie sind genau so Proletarier wie die Arbeiter in der Stadt und leben wie diese vom Verkauf ihrer Arbeitskraft. Nur befinden sie sich in einer viel elenderen Lage als das Stadtproletariat. Zum Landproletariat gehört auch das Gesinde, d. h. Knechte und Mägde.
- b) Die Halbproletarier sind jene, die zwar selbst Land besitzen, aber so wenig, daß es zum Unterhalt nicht ausreicht und die deshalb noch zusätzlich Lohnarbeit in der Fabrik oder auf Gütern leisten müssen. Sie sind, wie der Name schon sagt, halb Bauer, halb Proletarier.

- c) Die Kleinbauern sind Landwirte mit wenig Land, die sich auf ihrer Scholle mit Hilfe ihrer Familie recht und schlecht ernähren, ohne fremde Arbeitskräfte in Anspruch zu nehmen. Sie führen ein elendes Dasein und haben meist keine Möglichkeit, in eine höhere Schicht aufzusteigen und müssen gelegentlich Lohnarbeit annehmen.
- d) Die Mittelbauern sind jene, die sich mit ihrer Familie auf ihrer Scholle ernähren können, dabei manchmal auch fremde Arbeitskräfte anwenden (Ernte). In guten Zeiten können sie etwas Kapital akkumulieren, d. h. ihre Wirtschaft vergrößern, in schlechten Zeiten werden sie zu Tausenden ruiniert.
- e) Die Großbauern bilden die eigentliche Dorfbourgeoisie. Sie unterscheiden sich vom Großgrundbesitzer dadurch, daß sie selbst mitarbeiten, aber sie beuten regelmäßig fremde Arbeitskräfte aus. Sie können auch normalerweise Kapital akkumulieren (außer in Krisen usw.).
- f) Die Großgrundbesitzer sind eine rein parasitäre Klasse, die sich auf Grund ihres bloßen Eigentumstitels die Früchte der Arbeit ihrer Landarbeiter aneignen und verprassen.

5. Mit welchen Schichten können die Kommunisten zusammengehen?

- a) Die Hauptstütze der Kommunisten auf dem Lande sind selbstverständlich die Landarbeiter und Halbproletarier, denn sie gehören unmittelbar zur Arbeiterklasse.
- b) Die natürlichen Bundesgenossen des Proletariats sind die Kleinbauern. Bereits Friedrich Engels sagte:

„Und wir stehen ja entschieden auf Seite des Kleinbauern; wir werden alles nur irgend Zulässige tun, um sein Los erträglicher zu machen, um ihm den Übergang zur Genossenschaft zu erleichtern, falls er sich dazu entschließt, ja sogar um ihm, falls er diesen Entschluß noch nicht fassen kann, eine verlängerte Bedenkzeit auf seiner Parzelle zu ermöglichen. Wir tun dies nicht nur, weil wir den selbstarbeitenden Kleinbauer als virtuell zu uns gehörend betrachten, sondern auch aus direktem Parteiinteresse. Je größer die Anzahl der Bauern ist, denen wir den wirklichen Absturz ins Proletariat ersparen, die wir schon als Bauern für uns gewinnen können, desto rascher und leichter vollzieht sich die gesellschaftliche Umgestaltung.“
(Friedrich Engels: „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland.“)

- c) Auch die Mittelbauern und Großbauern können für die Durchführung der bürgerlich-demokratischen Neubildung gewonnen werden, die heute als strategisches Ziel vor uns steht. Denn diese Neubildung enthält nichts, was den Interessen dieser Schichten zuwiderläuft. In der Bodenreform ist das Land der Großbauern unangetastet geblieben.

Sowohl Mittelbauern als auch Großbauern sind an der Durchführung der demokratischen Neubildung interessiert, an der Ausrottung des Nazismus, Militarismus und Imperialismus, denn sie befreit sie von der Ausbeutung und Bevormundung durch die Junker und Monopolkapitalisten.

Somit ergibt sich, daß die überwiegende Mehrheit der Landbevölkerung heute für die antifaschistisch-demokratische Einheitsfront gewonnen werden kann und muß.

III. Arbeiterschaft und Bauernschaft

1. Unterschätzung der Bauern durch die Sozialdemokratie

Die deutsche Sozialdemokratie hat die Bauernschaft stets unterschätzt. Bereits im „Gothaer Programm“, das 1875 angenommen wurde, hieß es:

„Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.“

Hier werden also die Bauern in Bausch und Bogen zu der „einen reaktionären Masse“ gerechnet, ein Begriff, der noch von Lassalle stammt.

In seiner Kritik des „Gothaer Programms“ schreibt Marx dazu

„Hat man bei den letzten Wahlen Handwerkern, kleinen Industriellen usw. und Bauern zugerufen: uns gegenüber bildet ihr mit Bourgeois und Feudalen nur eine reaktionäre Masse? Lassalle wußte das Kommunistische Manifest auswendig, wie seine Gläubigen die von ihm verfaßten Heilschriften. Wenn er es also so grob verfälschte, geschah es nur, um seine Allianz mit den absolutistischen und feudalen Gegnern wider die Bourgeoisie zu beschönigen.“

Trotz dieser Kritik blieb das Erfurter Programm von 1891 auf dem gleichen Standpunkt stehen. Dort hieß es:

„Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.“

Auch hier wird der Fehler gemacht, daß man nur die eine Seite sieht, den Bauern als Besitzer, nicht aber die andere Seite, den Bauern als Werkfätigen und Ausgebeuteten.

Dieser schlechten Tradition ist die deutsche Sozialdemokratie bis zum Siege Hitlers gefolgt. Sie hat nicht die Interessen der werktätigen Bauern vertreten, die daher um so leichter ein Opfer der Nazipropaganda werden konnten.

2. Die Bauernpolitik der Bolschewistischen Partei

a) Die Fragestellung bei den Bolschewiki

Die Bolschewiki haben die Mißachtung der Bauernfrage durch die Sozialdemokratie Westeuropas stets verurteilt. In seinem Buch „Die Grundlagen des Leninismus“ formulierte Stalin die Frage folgendermaßen:

„Die Frage steht so: Sind die revolutionären Möglichkeiten, die in der Bauernschaft dank ihrer bestimmten Existenzbedingungen schlummern, bereits erschöpft oder nicht, und falls nicht, besteht begründete Hoffnung, diese Möglichkeiten für die proletarische Revolution nutzbar zu machen und die Bauernschaft, ihre ausgebeutete Mehrheit, aus einer Reserve der Bourgeoisie, die sie in den bürgerlichen Revolutionen des Westens war und heute noch ist, in eine Reserve des Proletariats, in seinen Bundesgenossen verwandeln zu können? Der Leninismus beantwortet die Frage positiv.“

(J. Stalin: „Probleme des Leninismus“, S. 112.)

Und aus dieser prinzipiellen Fragestellung ergibt sich die Stellung der Arbeiterklasse zu den Forderungen der Bauern. Darüber sagt Stalin:

„Daraus ergibt sich die praktische Folgerung, daß das Proletariat die werktätigen bäuerlichen Massen in ihrem Kampfe gegen die Knechtschaft und die Ausbeutung, gegen die Unterdrückung und Verelendung unterstützen, unbedingt unterstützen muß.“

(J. Stalin: „Probleme des Leninismus“, S. 112.)

b) Drei Losungen Lenins in der Bauernfrage

Die Bolschewistische Partei änderte ihre Losungen in der Bauernfrage entsprechend den jeweiligen Entwicklungsbedingungen. Stalin stellte diese Losungen folgendermaßen dar:

1. Etappe: Bündnis mit der ganzen Bauernschaft

„Früher, als wir der bürgerlichen Revolution entgegen gingen, als wir Bolschewiki zum ersten Male unsere Taktik den Bauern gegenüber entwarfen, da sagte Lenin: Bündnis mit der ganzen Bauernschaft gegen den Zaren und die Großgrundbesitzer und Neutralisierung der kadettischen Bourgeoisie. Mit dieser Losung sind wir damals in die bürgerliche Revolution gegangen und wir haben geseigt. Das war die erste Etappe unserer Revolution.“

2. Etappe: Bündnis mit der Dorfarmut und Neutralisierung der Mittelbauern

„Später als wir der zweiten Etappe, dem Oktober, entgegen gingen, da stellte Lenin eine neue Losung auf, die der neuen Lage entsprach: Bündnis des Proletariats mit der Dorfarmut gegen alle Bourgeois bei Neutralisierung der Mittelbauern.“

3. Etappe: Festes Bündnis mit den Mittelbauern

„Im weiteren, als wir unsere Macht bereits genügend befestigt, als wir die Angriffe der Imperialisten abgeschlagen hatten, und als wir in den Abschnitt eines breiten sozialistischen Aufbaues eintraten, da stellte Lenin eine dritte Losung auf, die Losung des festen Bündnisses des Proletariats und der Dorfarmut mit den Mittelbauern. Diese Losung ist die einzig richtige, die der neuen Periode unserer Revolution, der Periode des breiten Aufbaues, entspricht.“

(J. Stalin: „Probleme des Leninismus“, S. 372.)

c) Das Ergebnis der richtigen Bauernpolitik der Bolschewiki

Dank ihrer richtigen Bündnispolitik mit der Bauernschaft vermochten die Bolschewiki im Oktober 1917 zu siegen, die Weißgardisten und Interventen niederzuschlagen und die Sowjetmacht zu behaupten. Sie stillten den jahrhundertalten Landhunger der Bauern, indem sie die Gutsbesitzer enteigneten und das Land an die Bauern verteilten. Dadurch festigten die Bolschewiki das Bündnis zwischen Arbeiter und Bauer und machten die Bauern zu treuen Anhängern der Sowjetmacht.

Dank ihrer richtigen Bündnispolitik mit den Mittelbauern vermochten sie die Landwirtschaft umzugestalten und dem Sozialismus auch im Dorfe zum Siege zu verhelfen.

Die Richtigkeit der Bauernpolitik der KPdSU hat sich schließlich im Kriege gegen Hitlerdeutschland bewährt, in dem die Bauern mit demselben Heldenmut wie die Arbeiter ihr sozialistisches Vaterland verteidigten.

3. Die bauernfeindliche Politik in der Weimarer Republik

Obwohl 1918 in Deutschland die halbfeudalistischen Monarchien gestürzt wurden, trat in der Lage der Bauern keine Erleichterung ein. Der feudale Großgrundbesitz wurde nicht angetastet. Die Junker blieben die Herrscher im Dorfe, es wurde keine Bodenreform durchgeführt.

Die Agrarpolitik der Regierungsparteien war in der Zeit der Weimarer Republik durchaus bauernfeindlich. Das kam zum Ausdruck

- a) in der Zollpolitik. Sie erhöhte die Preise für jene landwirtschaftlichen Produkte, die hauptsächlich von den Großagrariern verkauft werden und schuf faktisch ein privates Futtermittelmonopol der Junker, durch das die viehzüchtenden Bauern schwer geschädigt wurden. So wurde z. B. unter der Hermann-Müller-Regierung 1930 die Futtergerste von RM 2.— auf RM 10.— verteuert,
- b) in den Millionengeschenken an die Junker. Durch das Notprogramm 1928 erhielten die Großagrarien rund 200 Mill. RM Staatszuschüsse, im Jahre 1929 erhielten sie nochmals fast 80 Millionen. Georg Schmidt, der ehemalige Vorsitzende des Deutschen Landarbeiterverbandes, hat berechnet, daß allein vom Reich und von Preußen von 1924 bis 1930 3 Milliarden 246 Millionen RM den Großagrariern geschenkt wurden,
- c) in der bauernfeindlichen Steuerpolitik. Trotz aller Versuche der Kommunisten, die mitarbeitenden Familienangehörigen der Bauern von der Einkommensteuer zu befreien, wurden entsprechende Anträge jahrelang abgelehnt und schließlich im Steuerausschuß begraben,
- d) im Massenruin der Bauern in der Weimarer Republik. Die wiederholten Anträge der KPD im Reichstag, die Zwangsverfahren gegen Bauernwirtschaften einzustellen, wurden immer wieder abgelehnt. Hunderttausende Bauernhöfe kamen daher — besonders in der Zeit der Weltwirtschaftskrise — unter den Hammer.

Diese bauernfeindliche Politik in der Weimarer Republik hat wesentlich dazu beigetragen, die Bauern Hitler in die Arme zu treiben.

4. Die Fehler der KPD in der Bauernfrage

Bei ihrer Gründung setzte die KPD (Spartakusbund) die schlechte sozialdemokratische Tradition der Unterschätzung der Bauernfrage fort. Rosa Luxemburg verneinte die revolutionären Möglichkeiten der Bauernschaft und trat entschieden gegen die Aufteilung des Bodens an die Bauern auf.

Diese Auffassung fand ihren Ausdruck im Agrarprogramm des Spartakusbundes, in dem kein Wort von der Aufteilung des Bodens enthalten war. Die entsprechenden Abschnitte lauteten:

„Die Methode der zur Herrschaft gelangten Arbeiterklasse dem Kleinbauern gegenüber kann dagegen nur die der Hilfe und der Erziehung sein, damit er den Weg zum Sozialismus finde. Es gilt, die Lage des Kleinbauern als Kleinbauer wirtschaftlich zu erleichtern durch allseitige Hilfe der sozialistischen Industrie und des Handels.“

„III. Aller Großgrundbesitz, der im Großbetrieb bewirtschaftet wird, wird samt lebendem und totem Inventar und den dazu gehörigen gewerblichen Betrieben und dem Betriebskapital ohne Entschädigung vom sozialistischen Staat enteignet. Er wird Gemeineigentum der sozialistischen Gesellschaft.“

Später hat dann die Partei erkannt, daß dieser sektiererische Standpunkt dazu führt, die Bauernmassen der Reaktion zu überlassen und hat besonders unter der Führung Ernst Thälmanns eine Wendung in ihrer Bauernpolitik vollzogen. Im Mai 1931 verkündete Gen. Thälmann in Oldenburg das Bauernhilfsprogramm der KPD und rief gleichzeitig zur Einheitsfront der Arbeiter und Bauern auf:

„Zusammenschluß aller Arbeitenden in Stadt und Land! Der Bauer kann nicht leben, wenn der Arbeiter hungert, die Arbeiter können die Ketten nicht brechen, solange Millionen Kleinbauern und Kleinbauernsöhne sich von Junkern und Kapitalisten gegen die Arbeiter mißbrauchen lassen.“

Aber auch diese Wendung wurde noch nicht gründlich genug durchgeführt, die Partei wurde nicht zur Vertreterin der Interessen der breiten Bauernmassen. Ueber diese Mängel unserer Bauernpolitik sagte Gen. Wilhelm Pieck auf der Brüsseler Parteikonferenz 1935:

„Unsere Bauernagitation in der Zeit vor Hitler hatte gewisse außerordentliche Schwächen. Das betraf sowohl die Sprache unserer Agitation als auch den Mangel organisatorischer Stützpunkte im Dorfe. Die Agitation wurde sehr sporadisch, meistens durch gelegentliche Landsonntage oder durch unsere aufs Land ziehenden Sportler betrieben. Es fehlte dieser Agitation jede Systematik und vor allen Dingen die Kenntnis der Verhältnisse im Dorfe, die sehr unterschiedlich in den verschiedensten Teilen des Reiches sind.“

(Wilhelm Pieck: „Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur“, S. 77/78.)

Aus diesen Fehlern der Vergangenheit gilt es heute die Lehren zu ziehen. Wir müssen in ein neues Verhältnis zur Bauernschaft kommen und die Massen der werktätigen Bauern für die neue Demokratie gewinnen.

IV. Unser neues Verhältnis zur Bauernschaft

1. Hitlers Betrug an den Bauern

- a) Hitler hatte der ganzen deutschen Bauernschaft maßlose Versprechungen gemacht. Er versprach den Bauern „Brechung der Zinsknechtschaft“, d. h. Entschuldung, er versprach ihnen Boden, Schaffung von Siedlungsland, hohe Preise für ihre Produkte usw.
- b) Hitler hat aber keines dieser Versprechen gehalten, sondern er hat durch die Vorbereitung und Durchführung seines Raubkrieges die ganze deutsche Bauernschaft ruiniert. Kaum ist eine andere Schicht des deutschen Volkes von Hitler so betrogen worden, wie die deutschen Bauern.
- c) Die verheerenden Folgen des Hitlerkrieges für die Landwirtschaft sind:
 1. die Vernichtung der menschlichen Arbeitskraft. Millionen Bauernsöhne sind in Hitlers Raubkrieg gefallen.
 2. Infolge des Krieges und besonders der Kriegshandlungen auf deutschem Gebiet sowie der Niederlage trat eine bedeutende Verminderung des Viehbestandes ein.
 3. Ruin der Arbeitsmittel. Da die Industrie nur für die Rüstung arbeitete, konnten neue Maschinen nicht angeschafft und die alten nicht repariert werden.

4. Erschöpfung des Bodens. Infolge des Mangels an Düngemitteln wurde Raubbau am Boden betrieben, auch das Bauernland ist durch Hitlers Krieg trotz der Mühen des Bauern erschöpft.

Diese Folgen des Hitlerkrieges treffen alle deutschen Bauern. Darum ist die Bauernschaft in ihrer Gesamtheit heute daran interessiert, daß der Nazismus und Militarismus ausgerottet werden und ein neues, antifaschistisch-demokratisches Deutschland aufgebaut wird.

2. Unser neues Verhältnis zur Bauernschaft

a) Unsere historische Aufgabe

Unsere Aufgabe ist im Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 folgendermaßen formuliert:

„Mit der Vernichtung des Hitlerismus gilt es gleichzeitig, die Sache der Demokratisierung Deutschlands, die Sache der bürgerlich-demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen, die feudalen Ueberreste völlig zu beseitigen und den reaktionären altpreußischen Militarismus mit allen seinen ökonomischen und politischen Ablegern zu vernichten.“

An dieser Aufgabe ist die gesamte Bauernschaft heute unmittelbar interessiert.

b) Bündnis mit der gesamten werktätigen Bauernschaft

Aus der Tatsache, a) daß die gesamte deutsche Bauernschaft von Hitler betrogen und ruiniert worden ist, b) daß die gesamte deutsche Bauernschaft an der Beendigung der bürgerlich-demokratischen Umbildung Deutschlands interessiert ist, ergibt sich die Schlußfolgerung, daß wir heute

die ganze deutsche Bauernschaft für den Kampf um die Ausrottung des Nazismus, Militarismus und Imperialismus gewinnen müssen.

c) Die KPD — die Partei der werktätigen Bauern!

Die Kommunistische Partei muß eine solche Politik auf dem Lande durchführen, daß die werktätigen Bauern fühlen, daß die KPD am besten und entschiedensten ihre Interessen vertritt. Ohne aufzuhören, die Partei der Arbeiterklasse zu sein, muß die KPD auch zur Partei der werktätigen Bauern werden.

d) Die besten Bauern in die KPD

Um diese Aufgabe lösen zu können, ist es notwendig, daß die Kommunistische Partei fest mit der Bauernschaft verbunden ist.

Die Bauern, die sich als die besten Antifaschisten und Demokraten erweisen, die im Dorfe am energischsten gegen Nazisten und Militaristen kämpfen, die am entschiedensten die Bodenreform durchführen und die Interessen der Bauern vertreten, diese Bauern sollen Mitglied der Kommunistischen Partei werden.

3. Die Erntehilfe

Unser neues Verhältnis zur Bauernschaft kam u.a. zum Ausdruck in der Organisierung der Erntehilfe für die Bauern im Sommer und Herbst dieses Jahres.

Dabei ist es der Partei in Einheitsfront mit den anderen antifaschistisch-demokratischen Parteien gelungen,

- a) die breiten Volksmassen für die dringende Aufgabe der Ernteeinbringung zu mobilisieren,
- b) in der Stadt dringend die Herstellung von landwirtschaftlichem Inventar (Sensen, Hacken usw.) zu organisieren,
- c) durch die Organisierung von Handwerker-Reparatur-Gruppen den Bauern bei der Instandsetzung von Inventar für die Ernte zu helfen,
- d) durch die Entsendung von Arbeitergruppen aus der Stadt aufs Land den Bauern tatkräftige Erntehilfe zu erweisen,
- e) die schaffende Einheitsfront zwischen Stadtbevölkerung und Landvolk anzubahnen.

Die Erntehilfe war das erste große Beispiel für die praktische Herstellung der Einheitsfront in Stadt und Land.

4. Die Bodenreform

In noch größerem Maße bringt die Bodenreform das neue Verhältnis zur Bauernschaft zum Ausdruck. Bereits in ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 hat die KPD die Enteignung der Junker und die Verteilung des Bodens an Landarbeiter und landarme

Bauern gefordert. Diese Forderung wird jetzt durch die Bodenreform verwirklicht.

Durch diese Bodenreform wird

- a) der Landhunger der Bauern gestillt und ein jahrhundertealtes Unrecht wiedergutmacht,
- b) die Brutstätte der Reaktion und des Militarismus auf dem Lande, das Junkertum, ausgerottet, das auch der Ausbeuter und Bedrücker der Bauern war,
- c) der Bauer fest mit der neuen Demokratie verbunden, die ihm den Boden in eigenen Besitz gibt und ihn zum freien Herrn auf ausreichender Scholle macht,
- d) das Bündnis zwischen Stadt und Land gefestigt, wenn die Stadtbevölkerung die Durchführung der Bodenreform aktiv unterstützt.

5. Ablieferungspflicht und Freibandel

a) Ablieferungspflicht

Das neue Verhältnis zur Bauernschaft muß ferner darin seinen Ausdruck finden, daß wir den Bauern in seiner Forderung unterstützen, eigener Herr auf seinem Hofe zu werden. Das kann der Bauer aber nur, wenn die Kriegszwangswirtschaft stufenweise abgebaut wird.

Darum ist es notwendig, daß genau festgelegt wird, wieviel der Bauer abliefern muß. Dieses Ablieferungssoll muß weniger sein, als die Ernte des Bauern ausmacht. Was der Bauer über das Ablieferungssoll hinaus erzeugt, steht ihm zu freier Verfügung! Durch diese Politik wird der Bauer angeregt, die Produktion zu steigern und mehr Lebensmittel zu erzeugen, die schließlich der Stadt zugute kommen.

b) Freier Handel

Diese Politik hat jedoch nur Sinn, wenn den Bauern gleichzeitig gestattet wird, die über das Ablieferungssoll hinaus produzierten Waren frei zu verkaufen. Bereits in seinem Juni-aufruf forderte das ZK der KPD:

„Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums.“

Der freie Handel ist eine unerläßliche Vorbedingung, um das Bündnis zwischen Stadt und Land zu festigen.

Die Oberste Militärverwaltung hat bereits am 18. 6. 1945 einen Befehl erlassen, der diese Politik verwirklicht. In diesem Befehl heißt es:

„Die frühere Erfassung des Getreides, der Kartoffeln, des Gemüses und Oelfrüchte, bei der dem Produzenten alle landwirtschaftlichen Produkte abgenommen worden sind und der freie Handel streng verboten wurde, wird abgeschafft.“

In dem Punkt 5 Absatz 2 der Verfügung heißt es:

„Es wird den Ortsbehörden und dem Kommandanten sowie den Truppenteilen verboten, dem Bauern für Getreide, Kartoffeln, Gemüse und Oelfrüchte Umlagen vorzuschreiben, die höher sind, als die je Hektar vorgeschriebenen.“

Und dazu heißt es weiter:

„Alle Ueberschüsse an landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die nach der Erfüllung der Ablieferungspflicht für die Armee und Bevölkerung übrigbleiben, bleiben dem Erzeuger zur freien Verfügung überlassen und können frei auf dem Markt verkauft werden.“

c) Preisbildung

Auf das Argument, daß die Zulassung des freien Handels eine große Teuerung bringen würde, weil die Bauern Wucherpreise fordern, ist zu erwidern, daß ein Verbot des freien Handels unweigerlich zum Schwarzhandel führt, dessen Preise völlig unkontrolliert sind. Dagegen gibt der staatlich zugelassene Freihandel immer die Möglichkeit einer bestimmten Preisbeeinflussung.

Auch der freie Handel ist eine Bewährungsprobe der Einheitsfront zwischen Stadt und Land. Wenn die Stadt ihre Aufgabe den Bauern gegenüber erfüllt und ihn mit Industriewaren zu angemessenen Preisen versorgt, kann sie auch vom Bauern die Versorgung mit Lebensmitteln zu angemessenen Preisen verlangen und erwarten.

6. Einheit von Stadt und Land — das Gebot der Stunde

Wir stehen an der Schwelle einer großen sozialen Umwälzung in Deutschland, die nur durchgeführt werden kann, wenn unser neues Verhältnis zur Bauernschaft sich restlos durchsetzt und die

Einheit von Stadt und Land sich immer mehr festigt. Am 2. September 1945 sagte der Vorsitzende der KPD, Genosse Wilhelm Pieck, auf einer Bauern- und Landarbeiterkundgebung in Kyritz:

„Eine tiefe Bewegung beginnt um die Verwirklichung ihrer alten Bauernforderungen, das Junkerland in Bauernhand zu überführen. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart, diese Forderung in die Tat umzusetzen, zu der sich die gesamte Arbeiterschaft mit den Bauern und den Landarbeitern in einem engen Kampfbündnis vereinigen muß, denn die Umgestaltung unseres ganzen Landes, die Schaffung eines neuen demokratischen Deutschlands hängt entscheidend davon ab. Es geht um die größte Umwälzung in Deutschland. Was in Jahrhunderten trotz Kriegen und Revolutionen in Deutschland nicht gelang, das wird jetzt auf dem Wege einer demokratischen Bodenreform erreicht werden. Es wird die Junkermacht gestürzt und das Junkerland in die Hände der Bauern und Landarbeiter überführt werden.“

Material für politische Schulungstage

**Herausgegeben vom Zentralkomitee der
Kommunistischen Partei Deutschlands**

Druck: Berliner Buchdruckerei Union GmbH., Berlin SW29, Urbanstr. 71